



Unser Weg



47. Jahrgang

Nr. 372 - Februar 2021

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI FÜR REINHEIM

2 Zehn Bausteine für Reinheim

4 Damit der Verkehr weniger verkehrt läuft

6 Kein MVZ in Reinheim ...

7 Wählertäuschung oder überall üblich



DKP
Deutsche Kommunistische Partei

10 BAUSTEINE

FÜR REINHEIM



WIR SIND FÜR DIE MENSCHEN DA.
WIR KÜMMERN UNS.

DKP WÄHLEN



LISTE 8

Zehn Bausteine für Reinheim

1. Demokratie ... steht für uns ganz oben!

- Demokratie (= Herrschaft des Volkes) drückt sich nicht nur durch Wahlen aus. Aber: Auch in schwierigen Zeiten müssen die gewählten Vertreterinnen und Vertreter (Ortsbeiräte, Stadtverordnete) nicht ausgeschaltet sondern sein und die wichtigen Entscheidungen treffen.
- Regelmäßige Bürgerversammlungen, mindestens nach den gesetzlichen Bestimmungen der Hessischen Gemeinde-Ordnung.
- Stadtteil-Versammlungen mit offener Aussprache in Kooperation von Ortsbeiräten und Magistrat.
- Aus der Geschichte lernen: Aktiv gegen alte und neue Nazis!

2. Kindern und Jugend ... müssen wir eine Perspektive schaffen!

- Die langjährige DKP-Forderung (Kindergarten-Gebühren einfrieren - in Richtung Null-Tarif entwickeln) ist erfüllt.
- Wir setzen uns ein für Gebühren-Senkungen bei der U-3-Betreuung. Hier ist das Land Hessen gefordert.
- CORONA hat für die Jugendlichen gezeigt: Das bestehende Jugendzentrum muss stärker als bisher ein „Haus der offenen Tür“ für Kinder und Jugendliche sein.
- Jugendliche brauchen offene Angebote mit organisierten Treffpunkten in den Stadtteilen und Wohngebieten.

3. Senioren ... wollen wir das Leben lebenswert gestalten!

In den Kommunen der Nachbarschaft gibt es vieles, was Reinheim nicht hat, man denke an eine gewählte Vertretung, einen offenen Treffpunkt, ein Bildungsangebot oder auch einen offenen Mittagstisch. Aber muss es alles das auch hier geben?

Reinheim war schon 2014 eigentlich auf einem guten Weg: es wurde ein „Runder Tisch“ mit der Aufgabe gegründet, diesen Fragen nachzugehen. Der „Runde Tisch“ wurde dann leider „abgewickelt“ weil nicht ausreichend Haushaltsmittel bereit gestellt waren. Seitdem versucht die DKP in jeder Haushaltsberatung, dieses Thema wieder anzuschieben.

Die Ende 2020 gestartete Seniorenbefragung ist inhaltlich leider so dünn, dass sie hier kaum neue Erkenntnisse bringen wird. Vielleicht ist das auch so gewollt? Die DKP wird sich damit nicht zufrieden geben und weiterhin „dran bleiben“ – und den seit Jahren bestehenden Stillstand nicht hinnehmen.

4. Soziale Gerechtigkeit ... wird in und nach der Pandemie noch wichtiger!

- Wohnrecht ist Menschenrecht. Nötig ist ein städtisches Konzept, um Menschen vor Wohnraum-Verlust zu schützen.

- Dennoch eingetretene Wohnungslosigkeit / Obdachlosigkeit ist mit sozialpädagogischer Betreuung (evtl. durch einen Träger wie HORIZONT) auf kürzeste Zeit zu begrenzen. Jahrelange Unterkunft in Notwohnungen nützen weder den Betroffenen noch der Stadt.
- Für Arbeitslosengeld-II-Anträge sind mobile Ausfüllhilfen (ähnlich der DRK-Ausfüllhilfen) zu organisieren. Das hilft den Betroffenen und erspart Fahrten nach Darmstadt-Kranichstein.
- Für eine soziale Gebühren-Gestaltung
- Politischer Kampf um armutsfeste soziale Gesetzgebung auf allen Ebenen. Rettungspaket gegen Armut ist notwendig.

5. Verkehr: Die Last der Lastwagen muss leichter werden!

Damit beim Verkehr weniger verkehrt läuft: Mehr und bessere Radwege und „Lokomotive“ sein statt Bremsklotz bei der Schiene

Gegen die durchfahrenden LKW zieht inzwischen ganz Reinheim an einem Strick. Das ist gut so, war aber nicht immer so. Die DKP hat sich hier schon zu Zeiten engagiert, als die offizielle Meinung im Rathaus war, dass man da „nix machen kann“.

Was die möglichen Lösungen angeht, sind die Meinungen geteilt. Schon in seinem Wahlprogramm hat der Bürgermeister den Vorschlag einer zusätzlichen Umgehung zwischen „Aldi“ und der Gersprenzbrücke bei Ueberau wieder ins Gespräch gebracht.

Die DKP ist gegen einen neuen Straßenbau an dieser Stelle: für die B38-neu wurden (mit gutem Grund) Millionen EUR ausgegeben. Damit sind jetzt aber ausreichend Bundesstraßen vorhanden, damit LKW Reinheim weiträumig umfahren können. Diese Umfahrung muss zukünftig mit Nachdruck weiter verfolgt und durchgesetzt werden.

Die Radwege in und durch Reinheim liegen teils in der Verantwortung übergeordneter Stellen wie Hessen-Mobil, teils auch in der Verantwortung der Stadt selbst. In beiden Bereichen gibt es einiges an Verbesserungsbedarf:

- Beispiel Umfahrung des Reinheimer Teichs – in Herbst/Winter teils eine Schlammplaste, aber doch „offizieller“ Hessenradweg. Für Planung und Ausbau stehen immerhin auch Mittel vom Land und Hessen-Mobil zur Verfügung
- Beispiel B426: der schon lange vor 2000 von Hessen-Mobil angekündigte Radweg Reinheim – Lengfeld – Wiebelsbach ist auch heute noch nicht in Sicht. Zeit für deutlich mehr Einsatz auch durch die Stadt selbst.

Die DKP Reinheim unterstützt die Vorschläge, die das „lokale Schienenbündnis für die Odenwaldbahn“ gemacht hat. Die Stadt Reinheim sollte im eigenen Interesse zukünftig nicht der „Bremsklotz“, sondern die „Lokomotive“ sein, um sie voran zu treiben:

- Erhöhung der Kapazitäten auf der vorhandenen Odenwaldbahn durch besseres Zugmaterial

- Auf lange Sicht: zweispuriger Ausbau wo möglich
- Reaktivierung der Gersprenztalbahn zwischen Reinheim und Groß-Bieberau und darüber hinaus

6. Umwelt und Klima: Wer hier die Gefahren nicht erkennt, hat jetzt schon die Zukunft unserer Kinder und Enkel verpennt! Die DKP bleibt hellwach!

Reinheim ist seit über zehn Jahren Mitglied in einem „Bündnis der hessischen Klimakommunen“. Mal ehrlich: wer merkt was davon, wenn nicht gerade lautstark (und leider zu Recht) der Klimanotstand ausgerufen wird?

Reinheim soll hier den Verpflichtungen nachkommen, die mit der Mitgliedschaft im Bündnis verbunden sind – mit Einsatz, und nicht nur „pro Forma“.

Das bedeutet: mit der Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes für Reinheim ernst machen. Nicht als buntes Papier von einem Planungsbüro, das sich gut herzeigen lässt, sondern erarbeitet mit einer breiten Beteiligung aller interessierten Einwohner*innen.

7. Wohnen ... ist ein Grundrecht und muss für alle finanzierbar bleiben!

- Grund und Boden sind nicht beliebig vermehrbar. Dieser Grundsatz ist bei Baugebiets-Ausweisungen zu beachten.
- Baugebiete dürfen nicht nur für Einzelhaus-Bebauungen ausgewiesen werden.
- Bezahlbare Miet-Wohnungen erhalten durch Beibehaltung des Belegungsrechts der Baugesellschaften.
- Bau bezahlbarer Wohnungen durch eine Wohnungs-Baugesellschaft des Landkreises.
- „Vermiete doch an deine Stadt“ weiter verfolgen

8. Vereine ... sind der Kitt unserer Gesellschaft, sie brauchen unsere Pflege!

- CORONA-bedingt sind Vereine in Schwierigkeiten geraten. Für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ist

durch die Schließung des Sport- und Übungs-Betriebs ein herber Verlust entstanden.

- Wichtig ist die Existenz-Sicherung der Vereine.
- Hierzu muss die Stadt (Stadtverordnetenversammlung, Magistrat, Ausschüsse) in einen breiten Dialog mit den Vereinen treten. Es geht um die Sicherung der Existenzen und Klärung eventuell geänderter Bedarfe.
- Die Vereins-Förder-Richtlinien sind gegebenenfalls auf die neuen Bedingungen hin zu überarbeiten.

9. Das Ganze im Blick: Am Tellerrand von Reinheim hört das Denken nicht auf!

- Die DKP hatte noch nie einen engen Blick auf die Kommunalpolitik. Unser politischer Horizont endet nicht an der Gemarkungsgrenze.
- Wir schauen über den Teller-Rand hinaus. So sehen wir ehrliche Kommunalpolitik.
- Mit den Partnerstädten GEMEINSAM: Gegen Rassismus, für Demokratie und Menschenrechte.
- Die CORONA-Zeit hat vieles verändert. Deutlich wurde der Zusammenhang zwischen Bundes-, Landes- und Kommunal-Politik. Im Bundes-Haushalt 2021 ist für das Gesundheitswesen nur halb so viel vorgesehen wie für den Rüstungs-Haushalt. Ein grundlegendes Umdenken ist nötig. Die Städte und Gemeinden brauchen sichere und bessere Finanz-Zuweisungen.

10. Erreichtes erhalten – Zukunft gestalten – DKP wählen

Manches wurde in der Vergangenheit erreicht. Beispielhaft genannt sind: Die Grundstücks-Politik, keine Straßenbeiträge, die Eigenständigkeit der Wasser-Versorgung, die Windelsäcke, Null-Tarif bei Kindergärten... Das gilt es zu erhalten. Da sind keine Aufweichungen vorzunehmen.

Die Stadt Reinheim soll eine Zukunft haben als eine soziale Stadt.

DKP wählen

 LISTE 8



Arno Grieger



Walter Eckert



Ronald Steinbring

Damit beim Verkehr weniger verkehrt läuft

Dafür wird sich die DKP 2021 einsetzen:

LKW-Durchgangsverkehr

Gegen die durchfahrenden LKW zieht inzwischen ganz Reinheim an einem Strick. Das ist gut so, war aber nicht immer so. Die DKP hat sich hier schon zu Zeiten engagiert, als die offizielle Meinung im Rathaus war, dass man da „nix machen kann“.

Was die möglichen Lösungen angeht, sind die Meinungen geteilt. Schon in seinem Wahlprogramm 2019 hatte der Bürgermeister bei seiner – auch von den Grünen unterstützten Kandidatur – den Vorschlag einer zusätzlichen Umgehung zwischen „Aldi“ und der Gersprenzbrücke bei Ueberau ins Gespräch gebracht. Die DKP ist gegen einen neuen Straßenbau an dieser Stelle: für die B38-neu wurden (mit gutem Grund) Millionen EUR ausgegeben. Damit sind jetzt aber ausreichend Bundesstraßen vorhanden, damit LKW Reinheim weiträumig umfahren können. Diese Umfahrung muss zukünftig mit Nachdruck weiter verfolgt und durchgesetzt werden.

Radwegebau

Für die Radwege in und um Reinheim ist teils die Stadt selbst verantwortlich, z.T.

sind es auch überregionale Träger wie Hessen-Mobil. Handlungsbedarf besteht in beiden Bereichen – die DKP wird sich weiter dafür einsetzen, dass dem auch nachgekommen wird.

Beispielhaft die Verbindung zwischen Sportzentrum / Kläranlage / Teich mit dem „Lückenschluss“ in Richtung Habitzheim und Groß-Zimmern. Gerade um das Klärwerk herum ist der Weg im Herbst / Winter nur noch schlecht zu fahren, und auf das (zugegeben nette) Teilstück auf dem Damm zwischen Kläranlage und Wehr am Teich gehören Radfahrer eigentlich nicht hin. Oder aber der Weg müsste gerade hier befestigt werden. Immerhin ist das der offiziell ausgeschilderte Hessenradweg.

Ob es sinnvoll ist, so nahe am Teich einen Radweg zu planieren? Man sollte dazu auch Naturschützer und Fahrradinteressierte an einen Tisch bringen. Die Alternative wäre eine Führung parallel zur Straße, wie schon ab der Tannnenmühle bis Habitzheim.

Der DKP ist bekannt, dass Hessen-Mobil hohe Zuschüsse für den Radwegebau gibt. Was also passieren sollte: Kontaktaufnahme mit Hessenmobil, und Planung einer Streckenführung, die aus Sicht von Radfahrern wie Naturschützern passt. Was Radwege in Verantwortung von Hessen-Mobil (entlang der B426) betrifft: schon vor 2000 wurde von Hessen-Mobil ein Radweg zwischen Reinheim und

Lengfeld / Wiebelsbach angekündigt – getan hat sich Jahrzehnte lang nichts. Auch hier sollte zukünftig noch mehr „Dampf“ gemacht werden.

Lokomotive für den Bahnverkehr

Das „lokale Schienenbündnis für die Odenwaldbahn“ hat in der Vergangenheit gründlich gearbeitet und realistische Vorschläge für den Bahnausbau gemacht. Diese Vorschläge haben die volle Unterstützung der DKP, und die Stadt Reinheim sollte im eigenen Interesse nicht der „Bremsklotz“, sondern die „Lokomotive“ sein, um sie voran zu treiben:

- Erhöhung der Kapazitäten auf der vorhandenen Odenwaldbahn durch besseres Zugmaterial
- Auf lange Sicht: zweispuriger Ausbau wo möglich
- Reaktivierung der Gersprenztalbahn zwischen Reinheim und Groß-Bieberau Bei der Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken braucht es einen langen Atem – kurzfristig gesehen ist es besonders wichtig, dass das alte Gleis weiter freigehalten wird. Die DKP setzt sich hier für eine klare Positionierung von Reinheim für diese Bahnstrecke ein.

www.dkp-reinheim.de



Renate Grieger



Friedrich Kammer



Marikka Tesar

Der LKW-Verkehr und der Grüne Minister Tarek Al-Wazir

Grün wählen ist im Trend. Wird die Welt „Grüner“ wenn die Grünen viele Wählerstimmen bekommen. Wenn „Grüne“ Minister sind, so wie in Hessen Tarek Al-Wazir Minister ist? Viele Reinheimerinnen und Reinheimer haben bei der Landtagswahl mit ihrer Stimme „Die Grünen“ gewählt. Manch einer in Reinheim erhoffte sich vielleicht eine Lösung für den unerträglichen LKW-Verkehr, der auch nach dem Bau der Umgehungsstraße verstärkt durch Reinheim rollt. Dazu gab es mehrere Briefe an den Mi-

nister von der LKW-Initiative. Er wurde nach Reinheim eingeladen – er durfte sich den Termin sogar selber aussuchen. Auch dieses Angebot nahm er nicht an. Das war im Jahr 2016. Über das weitere Bemühen der LKW-Initiative einen Termin beim Minister zu bekommen, schreibt das „Darmstädter Echo“ am 10. Sept. 2020: „Reinheim hofft auf einen Termin im Ministerium am 8. Oktober (2020), um doch noch die Lkw aus der Stadt zu bekommen.“ Im „Darmstädter Echo“ Artikel heißt es: „Allerdings werden wir nicht von Ver-

kehrsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) empfangen, sondern von Martin Weber, Leiter der Abteilung Straßen- und Verkehrswesen. Der Minister ließ sich mit Hinweis auf seine „sehr angespannte Terminlage“ entschuldigen – obwohl der wegen Corona nur kleinen Reinheimer Delegation auch jeder andere Termin recht gewesen wäre.“
Fazit: Grün wählen ist im Trend – verändert aber nichts an der Reinheimer Verkehrsmisere.

Renate Grieger

DKP wählen



Unser Weg

Zeitung der DKP für Reinheim
Erscheinungsweise: monatlich

Verantwortlich: Walter Eckert,
Albrechtstr. 7, 64354 Reinheim (Ueberau),
Tel. 0 61 62 / 9173780

– Eigendruck –

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.

Wir freuen uns über Ihre
Solidaritäts-Spende.

UNSER-WEG-Konto
R. Grieger
IBAN: DE82 5085 2651 0075 1316 31

Wenig lustiger Treppenwitz oder Wo ein Wille ist . . .

Früher war wirklich nicht alles besser, aber manches ganz gewiss. Da hingen zum Beispiel an den vielen Verbindungswegen und -treppen, die es in Reinheim gibt, Schilder mit der Aufschrift „Eingeschränkter Winterdienst. Benutzung auf eigene Gefahr“ und alles war in Ordnung. Wem die Passage zu gefährlich schien, der wählte einen Umweg über geräumte Straßen, andere wussten, dass sie sich aufmerksam auf eigenes Risiko vorwärts bewegen mussten. Bis dann plötzlich die Schilder verschwanden und den Anwohnern eine Schneeräumspflicht verordnet wurde. Gerade für die Bewohner der Treppenwege ein Treppenwitz, wenn's nicht so traurig gewesen wäre. Speziell ältere Bürger sind überhaupt nicht in der Lage, dieser Pflicht nachzukommen.

Mit dem Problem wurden und werden sie freilich allein gelassen. Nun mag es ja sein, dass Paragraphen und Verwaltungsvorschriften das alles legitimieren. Es gibt jedoch auch das gute alte Sprichwort „Wo ein Wille ist, ist auch ein (geräumter Verbindungs)Weg.“ In der freien Wirtschaft heißt es bei solchen Problemlagen in der Regel seitens von Vorgesetzten gern: „ich will nicht hören, was nicht geht! Ich erwarte kreative Lösungen!“ Und da die Reinheimer Bürger immer noch die „Vorgesetzten“ aller politisch Handelnden sind, dürfen sie kreative Lösungen erwarten und keine Ausflüchte. Die DKP fordert deshalb, dass es hierzu einen Arbeitsgruppe gibt, die eine tragfähige Lösung findet. ve



Hermann Poth



Timo Wörtge



Jutta Jung

Seniorenbefragung in Reinheim – zu kurz gesprungen

Noch Ende 2020 schickte die Stadtverwaltung Fragebögen an ca. 1.000 Seniorinnen und Senioren in Reinheim, um – wie das Darmstädter Echo schreibt – „Sorgen und Wünsche der örtlichen Senioren“ zu ermitteln. Die Aktion war schon im Juli angekündigt, dann aber hauptsächlich wegen Corona verschoben worden. Wie das Echo weiter schreibt, ist das Ziel, „ein umfassendes und zugleich detailliertes Meinungsbild zu bekommen“.

Wer zu den glücklichen gehört, die (per Losverfahren ermittelt) bei der Befragung teilnehmen durften, wird sich bei dem Echo-Artikel vielleicht die Augen reiben. Bei insgesamt 3 Seiten wird in der ersten Hälfte ausführlich die Lebenssituation abgefragt – was so ganz angebracht ist, schon wegen der Vollständigkeit. Ausführlicher abgefragt wird danach auch, ob bestehende Angebote genutzt werden, oder nicht.

Für „Sorgen und Wünsche“ bleiben dann ungefähr 3 Zeilen übrig: was das Sport- und Kulturangebot angeht, kann man kurz kommentieren, warum man

das bestehende Angebot nicht nutzt, und auch zum Nahverkehr bittet der Fragebogen um Verbesserungsvorschläge. Zur gewünschten Wohnsituation immerhin eine Frage im Detail – das war's dann aber auch.

Die DKP setzt sich seit Jahren dafür ein, dass in Reinheim Seniorinnen und Senioren nicht nur gelegentlich mit Kaffee bewirtet werden, sondern auch in jeder Hinsicht die Möglichkeit zur „sozialen Teilhabe“ erhalten. Dazu können kulturelle und Bildungsangebote gehören, offene Treffpunkte, vielleicht ein Mittagstisch, oder auch eine gewählte Vertretung. Angebote entwickeln, die passen und auf echte Bedürfnisse eingehen: das setzt voraus, dass man die Seniorinnen und Senioren (be)fragt und mit ihnen spricht. Soweit ist die Befragungsaktion richtig gedacht. Wenn dann aber die eigentlich interessanten Fragen ausbleiben, ist die Aktion leider nicht so gut gemacht wie gemeint.

Der „Runde Tisch“ war schon einmal auf dem richtigen Weg

Es gab da schon mal 2014 einen Beschluss

(auf Antrag der DKP), einen „runden Tisch“ für Seniorinnen und Senioren aufzusetzen – die ersten Schritte wurden ab 2015 auch mit Unterstützung der Ev. Hochschule Darmstadt getan – dann reichten die Finanzmittel leider nicht, und die Aktion wurde beendet. Seitdem hat die DKP in jeder Haushaltsberatung versucht, eine ausreichende Finanzierung zu erreichen, um dieses Vorhaben abzuschließen.

Nachdem die Befragung im Sommer angekündigt wurde, war es der DKP auch wichtig, dass sie jetzt endlich stattfinden sollte (nach Jahren des kompletten Stillstandes). Mit dem Fragebogen, der jetzt verwendet wurde, ist das Ergebnis leider absehbar: wo man nicht fragt, bekommt man auch keine Antworten. Der Bürgermeister hat gegenüber dem Echo kritisiert, dass „Haushaltsanträge ... spiegeln oftmals nur die Meinung von Einzelpersonen wider“. Ein echtes Bild der „Sorgen und Wünsche der Senioren“ gibt diese Befragungsaktion nicht her.

Wir fragen uns: wurde nur eine Chance vertan? Oder will man es auch garnicht

Kein MVZ in Reinheim ...

dafür zwei Mediziner, die eine Praxis in Reinheim übernehmen

Dafür, dass monatelang das neue MVZ in Reinheim vom Bürgermeister angekündigt wurde, ist es erfreulich, dass letztendlich zwei Ärzte in Reinheim in eine bestehende Praxis einsteigen. Das ist gut.

Nicht gut ist, dass alle Arztpraxen in Reinheim sind und die Stadtteile gar nicht

bedient sind. Hier müssen Lösungen gefunden werden, damit die Patientinnen und Patienten zur Praxis kommen können. Wir hören immer wieder Klagen, dass auf jeden Fall ein Augenarzt fehlt.

Über die oft sehr langfristige Terminvergabe bei den Fachärzten wird auch geklagt.

Zusammengefasst kann man sagen: Durch die Übernahme der bestehenden Praxis durch zwei Mediziner in Reinheim ist keine weitere Praxis weggefallen. Es ist auch keine neue dazugekommen.

Die DKP sagt: Wir geben keine Versprechungen ab, wir kümmern uns. Sprechen Sie uns an.

Renate Grieger



Karl-Heinrich Boller



Siegfried Lippert



Johannes Poss

Diener des Meisters sein – oder dem Bürger dienen

Uli Verthein über den Slogan der Reinheimer SPD: „Ein starkes Team für einen guten Bürgermeister“

Grundregeln der Demokratie scheinen in diesen Tagen nichts mehr oder nur noch wenig wert zu sein. Zu diesen Grundregeln gehört auch, dass sich eine Partei nicht so kritik- und bedingungslos in den Dienst der oder des Führenden stellt, auch wenn sie aus ihren Reihen stammen, wie es beispielsweise die Republikaner in den USA unter Trump taten oder die Merkel'schen Erfüllungsgehilfen in Berlin gerade tun.

Der Trend ist indes schon weit entfernt

von nationalen Spitzen zu erkennen.

Nehmen wir doch mal den Slogan der Reinheimer SPD für den aktuellen Wahlkampf: „Ein starkes Team für einen guten Bürgermeister“. „Hört, hört!“, würden da englische Politiker erstaunt vor sich hinmurmeln. Eine Partei degradiert sich selbst.

Nicht unabhängig agieren und kontrollieren will sie, sondern dem Mann an der Stadtspitze dienen. Mag sein, dass permanenter Druck in den vergangenen Jahrzehnten diese Haltung in die Genetik einfließen ließ.

Nun geht es gar nicht darum, ob dies

ein guter oder schlechter Bürgermeister ist, es geht um das Selbstverständnis. Nicht umsonst wird ein Bürgermeister ja getrennt gewählt.

Bei einer Wahl erhält eine Partei die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger, damit sie DEREN Interessen mit Nachdruck vertritt und von NIEMAND anderem.

**Und deshalb unser Vorschlag:
Wählen Sie am 14. März DKP!**

Denn wir sind für SIE und IHRE Interessen da - und zwar ausschließlich!

Wählertäuschung oder überall üblich?

Die Listen der Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl am 14. März 2021 sind aufgestellt und veröffentlicht. Wohl gemerkt: Es ist eine Kommunalwahl. Da werden Ortsbeiräte, Stadtverordnete und Kreistage gewählt. Bürgermeister und Landräte werden nicht gewählt.

Dennoch erscheinen Bürgermeister oder auch Landräte als Spitzenkandidaten auf den Listen der Parteien. Sie nutzen ihre Bekanntheit aus dem Amt dafür, möglichst viele Wählerstimmen für ihre Liste zu mobilisieren. Selbstverständlich werden Sie nach der Wahl ihr Stadtverordneten-Mandat oder ihr Kreistags-Mandat natürlich nicht annehmen. Sie wollen ja Bürgermeister bzw.

Landrat bleiben.

So ist das in Reinheim mit dem Spitzenkandidaten auf der SPD Liste (Bürgermeister Feick) und im Landkreis Darmstadt Dieburg auf der SPD Liste (Landrat Schellhaas). Der CDU-Bürgermeister in Eppertshausen zum Beispiel macht das auch so.

Und wenn man das anspricht, gar davon redet, dass es eine Wähler-Täuschung sei, wird einem entgegnet: „Das ist üblich. Das machen doch alle so.“

Wer hat nun recht? Ist es eine Wählertäuschung? Ist es so üblich?

Nun: Beide haben recht. Es ist eine überall übliche Wählertäuschung.

Arno Grieger



Fritz Wörtge



Ulrich Verthein



Sven Geißler

Aus der Geschichte lernen – „gegen alte und neue Nazis“

Ein wichtiger Grundstein einer Demokratie ist es, gegen Faschist:innen und Nationalsozialist:innen vorzugehen. Das für ein Miteinander keine Gruppe eine andere ausschließen sollte, sollte selbstverständlich sein. Doch schon nach dem Zweiten Weltkrieg gab es viele Menschen, die in Herrschaftszeiten der Nationalsozialist:innen der NSDAP angehörten, wichtige Funktionen innehatten und nach 1945 noch hohe Ämter in Politik und Verwaltung bekleideten. Für die Weimarer Republik waren diejenigen, die andere Formen der Herrschaft forcierten – sowohl Anhänger:innen des Kaisers als auch Faschist:innen – letztendlich diejenigen, die den Untergang der ersten deutschen Demokratie mit herbeiführten.

Struktureller und institutioneller Rassismus

Heute beobachten wir wieder (oder immer noch?) rechte Strukturen in Institutionen, die die Demokratie verteidigen sollen, unter anderem in der Polizei. „Racial Profiling“ ist Realität. Bei Straftaten schreien rechts gesinnte Menschen danach, die Herkunft oder gar die Namen der Täter:innen zu veröffentlichen. Im Alltag werden Menschen, selbst wenn sie einen deutschen Pass haben, danach gefragt, wo sie „wirklich“ herkommen oder sie werden dafür gelobt, dass sie „ja so gut deutsch sprechen“. Ob diese Menschen fünf, fünfzehn oder fünfundzwanzig Jahre in Deutschland leben, wird bei solchen Aussagen selten beachtet. Die Wohnungs- oder Arbeitssuche gestaltet sich schwieriger, wenn der Name der Suchenden „nicht deutsch klingt“.

Menschen werden aufgrund ihrer Herkunft, ihres Aussehens, ihrer Religion oder gar ihres Namens diskriminiert, während auf der anderen Seite der Gedenktag an den Holocaust offiziell begangen wird und man laut „nie wieder“ ruft. Das Gedenken ist wichtig, aber es muss auch dazu führen, dass gegen aktuelle

rassistische Problematiken vorgegangen wird. Gerade beim strukturellen Rassismus gibt es hier noch viel, was sich ändern muss und es reicht nicht, davon auszugehen, dass „alle gleich sind“ und niemand besondere Aufmerksamkeit braucht, wie es teilweise in Bezug auf die Black Lives Matter Bewegung mit dem Hashtag #alllivesmatter propagiert wurde. Damit ist selbstverständlich nicht gemeint, dass nicht jedes Leben wertvoll ist, sondern, dass es Menschen gibt, die diskriminiert werden, während andere privilegiert sind und sich ihrer Privilegien oft nicht bewusst sind.

Verschwörungsmythen* und Antisemitismus

Während man sich die Reden zum Holocaust-Gedenktag und die Erzählungen von Auschwitz-Überlebenden anhört und hofft, dass zumindest gegen Antisemitismus vorgegangen wird und dieser aus den Köpfen der Menschen verschwunden ist, gibt es eine Menge Anhänger:innen von Verschwörungsmythen, die oft antisemitischen Ursprungs sind. Selbst wenn diese Stimmen nicht die Mehrheit der Gesellschaft abbilden, so verschaffen sich diese Menschen besonders in Zeiten von Social Media Gehör, während jede:r, der Gegenargumente bringt, die Meinungsfreiheit nicht würdigt. Nicht nur eine antifaschistische Bildung Jugendlicher ist hier wichtig, sondern auch eine Aufklärung der breiten Bevölkerung.

Eine Aufklärung über Rassismus und Antisemitismus ist die Voraussetzung demokratischen Denkens, ihr liegt der erste Artikel des Grundgesetzes zugrunde.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und die Würde derjenigen, die aufgrund von rassistischen Strukturen in der Gesellschaft angetastet wird, sollte besonders geschützt werden. Ohne Erinnerung kann der Faschismus nicht überwunden werden. Ohne Veränderung auch nicht.

* Das Wort Verschwörungsmythos wird in diesem Artikel dort benutzt, wo umgangssprachlich oft das Wort „Verschwörungstheorie“ verwendet wird. Eine Theorie ist jedoch (laut Brockhaus) eine Erkenntnis, die durch Denken erlangt wird und zwar noch bewiesen werden muss, jedoch (geistes-)wissenschaftlich fundiert ist. Deshalb ist es nicht sinnvoll, sogenannte Verschwörungs“theoriker“ in ihrer Hetze dadurch zu bestärken, dass man ihren Mythen wissenschaftlich anmutende Bezeichnungen gibt.



Jürgen Kalb



Dietmar Bauer



Manfred Büdinger

Sascha Bischoff (ohne Bild)